

MOTRA 02/25 SPOTLIGHT

Wehrpflicht oder Freiwilligendienst?

**Einstellungen der Bevölkerung zur
Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht“
nach der „Zeitenwende“**

Katrin Brettfeld, Janosch Kleinschnittger, Thomas Richter und Peter Wetzels

Eine Gemeinschaftsproduktion der Universität Hamburg (UHH) und des German Institute for Global and Area Studies (GIGA)

Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2025). Wehrpflicht oder Freiwilligendienst? Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht“ nach der Zeitenwende. *MOTRA-Spotlight 02/25*. MOTRA.

<https://doi.org/10.57671/motra-2025002>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Katrín Brettfeld, Janosch Kleinschnittger, Thomas Richter und Peter Wetzels

Wehrpflicht oder Freiwilligendienst?

Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht“ nach der „Zeitenwende“



Im Juni 2024 wurden durch den Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ukraine, Pläne für einen „**Neuen Wehrdienst**“ vorgestellt. Diese sahen unter anderem für ausgewählte wehrfähige Männer eine **sechsmonatige militärische Grundausbildung** vor, die auch **Frauen freiwillig** absolvieren könnten.



Ende Juni 2024 wurde im Rahmen der Studie **MiDInt** („Menschen in Deutschland: International“), die im Kontext des MOTRA-Forschungsverbundes durchgeführt wird, eine repräsentative Stichprobe von n=2430 in Deutschland lebenden Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren u. a. zu ihren **Einstellungen in Bezug auf eine mögliche Wehr- bzw. Dienstpflicht** und ihrer **Bereitschaft zur Ableistung einer militärischen Grundausbildung** befragt.



Etwa ein Viertel **lehnte jegliche Form einer Dienstpflicht ab**; dies gilt insbesondere für Frauen und jüngere Menschen unter 30 Jahren. Knapp die Hälfte (47 %) aller Befragten befürwortete eine **einjährige allgemeine Dienstpflicht** für Personen unter 21 Jahren, die entweder bei der Bundeswehr oder in einer zivilen Einrichtung abgeleistet werden kann.



Interesse an einer militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr äußerten 14 % der Befragten; bei den unter 30-Jährigen lag diese Rate bei knapp 19 %.



Ein solches Interesse an einer militärischen Grundausbildung findet sich quer durch die politische Landschaft der Bundesrepublik; lediglich **bei Wählern der Linken ist die Rate besonders niedrig**.



Die **Wahrnehmung einer Bedrohung durch einen möglichen Krieg** beeinflusst das Interesse an einer solchen militärischen Grundausbildung zwar deutlich. Dies stellt aber nur bei etwa 20 % der Interessenten den dafür entscheidenden Faktor dar.



Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bereitschaft der jüngeren Bevölkerung zu einem freiwilligen Dienst, auch im militärischen Bereich der Bundeswehr, **relativ hoch** ist.



Entscheidend für die **Aktivierung und Nutzung dieses Potenzials** unter der jüngeren Bevölkerung wird neben der **gesellschaftlichen Anerkennung** der Leistungen von Soldaten und Soldatinnen vermutlich auch die Art der **persönlichen Ansprache** der potenziellen Freiwilligen sein.

Executive summary

- In June 2024, plans for a “New Military Service” were presented by the Federal Ministry of Defense. Part of this plans is a six-month basic military training for young men who are fit for military service. Women can also join on a voluntary basis.
- At the end of June 2024 as part of the Study “People in Germany International” (MiDInt) a representative sample of n=2 430 people between the ages of 18 and 69 were surveyed about their attitudes towards military or social service and basic military training within the Bundeswehr.
- Around a quarter rejected any form of compulsory service, particularly women and younger people under the age of 30. However, almost half (47%) of the total sample were in favor of a one-year general compulsory service (social or military) for people under the age of 21, which can be completed either in the German Military Forces (Bundeswehr) or as a social service in a civilian institution.
- Fourteen percent of those surveyed were interested in basic military training. Among young respondents under the age of 30 about 19% were interested in that. This interests can be found across the whole political landscape of Germany. Only voters for the Left Party showed particularly low rates.
- The perceived threat of a possible war influences the rate of interest in basic military training. But this was the decisive factor only for around 20% of people positively interested in military training.
- Results indicate that willingness to volunteer for military or social services is high. Acceptance of military service can be found among a substantial share of the younger population below age 30. Therefore, the introduction of a compulsory military service for all young people might be unnecessary.
- Social recognition of the Bundeswehr’s important contribution and the services that soldiers in Germany provide for society, and an appropriate, positive approach to recruiting young people for voluntary service in the Bundeswehr are likely to be decisive in the future as to whether this potential for willingness to serve that exists among young adults in Germany can actually be activated.

1. Einleitung

In Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 prägte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz den Begriff der Zeitenwende. In seiner Regierungserklärung führte er dazu aus: „...Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“¹ Seitdem dauert der Krieg in der Ukraine bereits mehr als drei Jahre an. Weitere Kriege und Krisenherde auf der Welt, so etwa im Nahen und Mittleren Osten aber auch in Afrika, sind mittlerweile hinzugekommen. Fragen militärischer Sicherheit sind seitdem nicht nur für nationale haushaltspolitische Entscheidung enorm bedeutsam und folgenreich. Sie prägen auch die Außenpolitik sowie internationale Beziehungen in entscheidendem Maße, wie nicht zuletzt der jüngste G 7 Gipfel gezeigt hat.²

Am 12.6.2024 stellte der damalige – und auch aktuelle – Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in Deutschland erstmals neuere Pläne für die Ausgestaltung eines „Neuen Wehrdienstes“ vor.³ Anlass seiner Äußerungen waren unter anderem Einschätzungen von Militärexperten, wonach Russland „in fünf bis acht Jahren“ in der Lage sein könnte, einen NATO-Staat anzugreifen. Deutschland könne dieser Herausforderung nur begegnen, wenn es darauf „sehr gut vorbereitet“ und „verteidigungsbereit“ sei.

Diese ersten Pläne des Verteidigungsministers sahen vor, alle im wehrdienstfähigen Alter befindlichen Männer und Frauen anzuschreiben und dabei unter anderem zu erheben, wer ein Interesse an einer militärischen Grundausbildung in der Bundeswehr hat. Männer im fraglichen

Alter sollten eine Aufforderung erhalten, zur Musterung zu erscheinen; Frauen könnten sich freiwillig einer Musterung unterziehen. Diejenigen, die danach zum Wehrdienst verpflichtet werden, sollten mindestens einen sechsmonatigen Grundwehrdienst ableisten. Denen, die sich freiwillig für eine längere Zeit verpflichten, sollten Weiterqualifizierungsmöglichkeiten durch die Bundeswehr angeboten werden. Jeder, der den Wehrdienst abgeleistet hat, sollte anschließend in die Reserve beordert werden, um in einem „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ zur Verfügung zu stehen. Aufgrund aktuell noch fehlender Kapazitäten im Bereich der Ausbildung und Ausrüstung sollten auf diese Weise zunächst nur etwa 5 000 Soldatinnen und Soldaten zusätzlich zum aktuellen Freiwilligendienst in die Bundeswehr aufgenommen werden.

Das Besondere an dieser anvisierten Regelung – die keinen einheitlichen Wehrdienst für Männer und Frauen vorsieht – besteht darin, dass sie ohne eine Änderung des Grundgesetzes – eine solche wäre notwendig, um die Wehrpflicht auch auf Frauen zu erstrecken – durch eine einfachgesetzliche Regelung umgesetzt werden könnte. Es wurde ins Auge gefasst, ein entsprechendes Gesetz noch vor der Sommerpause 2025 durch den damaligen Bundestag zu beschließen.⁴

Nun, etwa ein Jahr später wird im Sommer 2025 erneut im Deutschen Bundestag über das Thema Wehrpflicht diskutiert. Eine Mehrheit, die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlich wäre, sehen die aktuell in Regierungsverantwortung stehenden Parteien bislang nicht. Verteidigungsminister Boris Pistorius setzt daher zunächst auch weiterhin auf einen Ausbau der Bundeswehr

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

² <https://www.sueddeutsche.de/panorama/ueberraschung-beim-g7-gipfel-gemeinsame-erklaerung-zum-iran-krieg-li.3270283>

³ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/faq-neuer-wehrdienst-truppe-5803206>

⁴ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/faq-neuer-wehrdienst-truppe-5803206>

durch Freiwillige; er gab aber zu bedenken, dass eine Wiedereinführung der zur Zeit ausgesetzten (d.h. nicht abgeschafften) Wehrpflicht im Fall eines mangelnden Interesses potentieller Freiwilliger nicht ausgeschlossen werden könne.⁵

Im Zeitraum des Beginns der Diskussionen zur möglichen Reaktivierung der Wehrpflicht bzw. der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht wurde im Juni 2024 im Rahmen der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) eine repräsentative Umfrage durchgeführt. In dieser wurden auch die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber einer Dienstpflicht und zur Einführung eines von Verteidigungsminister Pistorius in die Debatten eingebrachten „Neuen Wehrdienstes“ erhoben. Diese Daten erlauben Feststellungen zur Akzeptanz einer Dienst- bzw. Wehrpflicht und die Einschätzung des möglichen Potenzials derer, die freiwillig bereit wären, eine militärische Grundausbildung zu absolvieren. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse dieses Teils der Studie – die offensichtlich nichts an ihrer Aktualität verloren haben – in konzentrierter Form vorgestellt.

2. Datenbasis

Die im Rahmen des MOTRA-Forschungsverbundes durch das **Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH)** in Zusammenarbeit mit dem **Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA)** seit Ende 2022 regelmäßig etwa alle 2-3 Monate durchgeführte Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) verfolgt das Ziel, Effekte international relevanter Ereignisse und Entwicklungen auf die Lebenssituation sowie die politischen Wünsche, Einstellungen und alltäglichen Sorgen der Menschen in Deutschland zu untersuchen. Die Datenerhebungen erfolgen in Form von querschnittlichen,

standardisierten Online-Umfragen bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung geschichteten, repräsentativen Stichproben der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland auf Basis eines großen Online-Access-Panels (bilendi) im sogenannten Trenddesign. Basis der hier vorgestellten Ergebnisse sind Analysen der Erhebung, die im Rahmen der 10. Welle der MiDInt-Studie vom 28. Juni bis zum 8. Juli 2024 stattfand.

Tabelle 1: Verteilung der Altersgruppen in der Stichprobe (Angaben in %, n=2430)

	Stichprobe	Referenz (Wohnbevölkerung, Stand 31.12.2023)
18 bis unter 30 J.	18.2	19.8
30 bis unter 40 J.	19.5	19.7
40 bis unter 50 J.	18.4	18.2
50 bis unter 60 J.	23.6	21.8
60 bis unter 70 J.	20.4	20.5

Insgesamt wurden N = 2 430 Personen zwischen 18 und 69 Jahren erreicht. 49.3 % der Teilnehmenden waren männlich, das Durchschnittsalter betrug 45.7 Jahre. Die Verteilung der wichtigsten soziodemografischen Daten entspricht den Verhältnissen, wie sie in Deutschland für Personen über 18 Jahren nach den Informationen des Statistischen Bundesamtes in der Wohnbevölkerung auch insgesamt zu finden sind.

Allerdings ist zu beachten, dass Personen mit Migrationshintergrund über dieses Online-Access-Panel nicht vollständig entsprechend ihrem Anteil an der Grundgesamtheit der Gesamtbevölkerung erreicht werden können. Abgesehen von diesem Aspekt des Migrationshintergrundes kann die Studie jedoch als approximativ repräsentativ angesehen werden.

⁵ <https://www.deutschlandfunk.de/spahn-will-rueckkehr-zur-wehrpflicht-vorbereiten-spd-zurueckhaltend-100.html>

3. Einstellungen zur allgemeinen Dienst- oder Wehrpflicht

Im Hinblick auf die Frage eines möglichen Wehrdienstes wurden den Befragten vier Aussagen vorgelegt. Diese betrafen die Einführung unterschiedlicher Varianten einer allgemeinen Dienst- oder Wehrpflicht, jeweils verbunden mit der Bitte anzugeben, ob sie diese befürworten oder nicht. N=2418 der Befragten machten hierzu gültige Angaben.

Etwa ein Viertel (27.3 %) erklärte, **jede Form einer Dienstpflicht abzulehnen**. Bei Frauen war die Ablehnung mit 32.4 % deutlich höher als bei Männern (22.0 %). Es findet sich ein klarer Zusammenhang mit dem Bildungsniveau: Während 33.4 % der Befragten mit Abitur als höchsten Schulabschluss klar gegen eine Dienstpflicht votierten, lag diese Rate bei Personen mit mittlerer Reife bei 26.2 % und bei jenen, die höchstens einen Hauptschulabschluss aufweisen, bei 22.1 %.

Tabelle 2: Zustimmung zu verschiedenen Formen einer Dienst- bzw. Wehrpflicht (Angaben in %, n=2418)

	Zustimmung
Es sollte für alle Männer und Frauen unter 21 Jahren eine einjährige allgemeine Dienstpflicht geben, die entweder bei der Bundeswehr oder auch im zivilen Bereich geleistet werden kann.	46.7
Es sollte eine allgemeine Wehrpflicht geben, die für Männer und Frauen gleichermaßen gilt.	29.0
Es sollte eine allgemeine Wehrpflicht geben, aber nur für Männer.	12.2
Es sollte in Deutschland gar keine Dienstpflicht geben.	27.3

Anmerkung: Doppelnennungen möglich

Recht deutlich sind Zusammenhänge dieser Einstellung mit dem Alter: Von den jüngeren Befragten zwischen 18 bis unter 30 Jahren – also jenen, die eine Dienstpflicht am ehesten treffen würde – erteilen 39.7 % jeglicher Dienstverpflichtung eine Absage. Mit zunehmendem Alter sinkt diese Ablehnungsrate: bei den 30 bis unter 40-Jährigen lehnen die Dienstpflicht 33.4 %

ab, bei den 40 bis unter 50-Jährigen sind es 27.8 %, bei den 50 bis unter 60-Jährigen 21.3 % und schließlich bei jenen, die eine Dienstpflicht selbst gar nicht mehr treffen würde, die aber – sofern es sich um Männer handelt – einer solchen Wehrpflicht im jüngeren Alter noch unterlagen – den über 60-Jährigen – beträgt die Ablehnungsrate nur noch 16.8 %.

Knapp die Hälfte aller Befragten (46.7 %) befürwortet eine **einjährige allgemeine Dienstpflicht**, die **für junge Menschen unter 21 Jahren** gelten sollte und die keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen macht. Es handelt sich um eine Dienstpflicht, die entweder bei der Bundeswehr oder auch in Form eines Zivildienstes abgeleistet werden kann. Dazu sind die Meinungen recht einheitlich. Nur zwischen Männern und Frauen findet sich ein Unterschied: Frauen stimmen einer solchen allgemeinen Dienstpflicht mit 43.2 % etwas seltener zu als Männer (50.3 %). Hinsichtlich des Bildungsniveaus und der verschiedenen Altersgruppen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.

Eine **Wehrpflicht für Männer und Frauen** wird von knapp einem Drittel der Befragten bejaht (29.0 %). In den Haltungen zu dieser Form der Wehrpflicht sind klare Differenzen zwischen Subgruppen zu erkennen: So stimmen 35.7 % der Männer einer gleichberechtigten Wehrpflicht zu, während bei den Frauen das nur 22.5 % befürworten. Auch hier gilt, dass sich die Zustimmungsraten mit steigendem Bildungsniveau verringern (36.5 % bei geringer Bildung, 28.5 % bei mittlerer Reife und 22.2 % bei Befragten mit Abitur). Besonders interessant ist weiter, dass die Zustimmungsraten zu einer gleichberechtigten Wehrpflicht mit dem Alter kontinuierlich zunimmt. Während nur 19.7 % der 18 bis unter 30-Jährigen sich zustimmend äußern, steigt diese Rate bei den 30 bis unter 40-Jährigen auf 24.5 %, bei den 40 bis unter 50-Jährigen auf 26.7 %, bei den 50 bis unter 60-Jährigen auf 32.2 %

und erreicht in der Gruppe der ab 60-Jährigen schließlich mit 40.2% die größte Zustimmung.

Die geringste Zustimmung findet mit 12.2% die Aussagen, wonach es eine **Wehrpflicht nur für Männer** geben sollte. Dies wird von Männern mit 10.5% deutlich seltener befürwortet als von Frauen (13.9%). Unterschiede nach Bildung oder Alter finden sich diesbezüglich nicht.

4. Interesse an einer militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr

Neben den allgemeinen Einstellungen zu verschiedenen Formen einer Wehr- und Dienstpflicht wurden die Teilnehmenden auch gefragt, ob sie an einer – im Vorschlag von Verteidigungsminister Pistorius enthaltenen – 6-monatigen militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr Interesse hätten.

Da eine solche Frage nur für Personen sinnvoll ist, die bisher noch nicht in der Bundeswehr gedient und eine militärische Grundausbildung noch nicht erhalten haben, wurde die Klärung dieser Frage der Erhebung des Interesses an einer Grundausbildung vorgeschaltet.

Von N=2417 antwortenden Personen erklärten 22.1%, bereits eine entsprechende Dienstzeit absolviert zu haben: 17.1% hatten entweder als Wehrpflichtige oder als Freiwillige einen Wehrdienst abgeleistet, weitere 5.0% der Befragten waren als Zeit- oder Berufssoldat bei der Bundeswehr tätig gewesen.

Die Frage nach dem Interesse an einer 6-monatigen Grundausbildung in der Bundeswehr wurde nur den Personen ohne bisherige Dienstzeiten in der Bundeswehr gestellt (N=1 880). Von diesen bekundeten 14.3% ein klares Interesse an einer solchen Ausbildung; weitere 24.1% erklärten, darüber erst nachdenken zu müssen, lehnten dies aber nicht von vornherein ab. Die verbleibenden 61.6% erklärten definitiv, dass dies für sie nicht in Frage käme.

Betrachtet man die beiden Subgruppen, für die eine Grundausbildung bei der Bundeswehr grundsätzlich in Frage kommen könnte, zeigt sich, dass hier der Anteil der Frauen den der Männer übersteigt. Dies liegt daran, dass von den Frauen bisher nur wenige einen Wehrdienst abgeleistet haben, weshalb deren Anteil unter den „Nichtgedienten“, die alleine diese Frage vorgelegt bekamen, besonders hoch ist.

So sind 57.6% derer, die eine solche Ausbildung machen würden, und 62.1% derer, die noch darüber nachdenken würden Frauen (vgl. Tabelle 3). Der Anteil der Befragten, die über ein Abitur verfügen, ist bei den an einer Grundausbildung Interessierten vergleichsweise hoch (43.5% bei denen, die sich sicher sind, 44.9% bei denen, die darüber noch nachdenken).

Befragte, die sich selbst nicht mehr im wehrfähigen Alter befinden, artikulierten ebenfalls zum Teil Interesse an einer militärischen Grundausbildung. Die Hälfte der Interessenten an einer militärischen

Tabelle 3: Interesse an einer 6-monatigen Grundausbildung bei der Bundeswehr nach soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Zeilenprozenten); nur Personen, die bislang noch keinen Wehrdienst geleistet haben; (gültige n=1 880)

	Geschlecht		Bildung			Altersgruppen				
	m	w	HS	mittl. Reife	Abitur	18 bis u. 30	30 bis u. 40	40 bis u. 50	50 bis u. 60	60 und älter
Ja (n=269)	42.4	57.6	24.9	31.6	43.5	26.4	23.8	20.1	17.8	11.9
Vielleicht (n=454)	37.9	62.1	22.9	32.2	44.9	30	26.9	15.9	16.7	10.6
Nein (n=1 157)	34.9	65.1	36.6	32.7	30.7	14.8	18.4	18.6	26.4	21.8

Grundausbildung (52.2%) ist jedoch unter 40 Jahre und damit im wehrfähigen Alter; ein Viertel (26.4%) ist unter 30 Jahre alt. Ähnliches gilt für diejenigen Befragten, die angaben eine solche Ausbildung vielleicht machen zu wollen. Hier sind 56.9% unter 40 Jahre (30.0% sind zwischen 18 und 30 Jahre alt).

Fasst man diejenigen Befragten zusammen, die noch nicht in der Bundeswehr gedient haben und die in der Befragung eindeutig ein Interesse an einer militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr geäußert haben (Antwort „Ja“), ergibt sich unter den 18 bis unter 30-Jährigen eine potentielle Freiwilligenrate von 18.8%. Weitere 36.0% der 18 bis unter 30-Jährigen lehnen diese militärische Grundausbildung nicht ausdrücklich ab.

Ein Vergleich der Raten der Bereitschaft zu einer militärischen Grundausbildung nach den politischen Parteipräferenzen – erhoben im Wege der üblichen Sonntagsfrage – zeigt weiter, dass diese Akzeptanz einer militärischen Grundausbildung nur wenig von den parteipolitischen Orientierungen der Befragten beeinflusst wird.

Lediglich Wähler der Partei „Die Linke“ zeigen ein erheblich unterdurchschnittliches Interesse an einem solchen Dienst in der Bundeswehr. Insoweit kann man konstatieren, dass eine auf freiwilliger Basis weiter ausgebauten Bundeswehr in politischer Hinsicht tatsächlich „in der Mitte der Gesellschaft“ verankert wäre.

Die Bedrohung durch eine mögliche Verwicklung Deutschlands in einen Krieg – wie sie von Bundesverteidigungsminister Pistorius zur Begründung der Einführung einer „Neuen Wehrpflicht“ angeführt wurde – ist auch für die Entscheidung der Befragten mit Blick auf eine militärische Grundausbildung relevant.

Für ein Drittel derer, die ein klares Interesse an einer solchen Ausbildung artikulierten und für ein Viertel derer, die noch darüber nachdenken, ist die Bedrohungslage dafür gar nicht relevant. Nur für etwa 20% ist diese jedoch der entscheidende Anlass, sich für eine Grundausbildung zu entscheiden oder zumindest darüber nachzudenken.

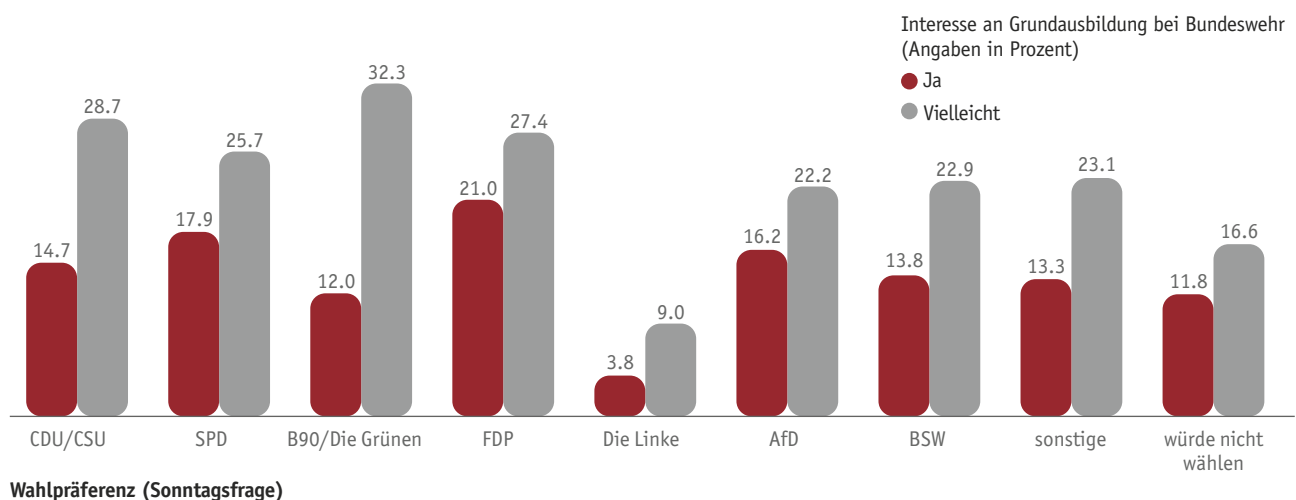
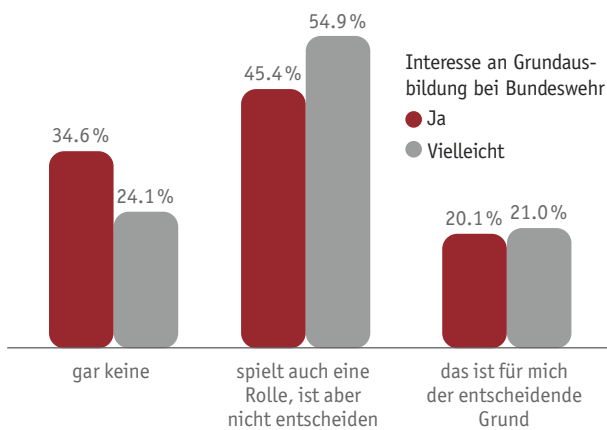


Abbildung 1: Interesse an einer Grundausbildung bei der Bundeswehr nach Wahlpräferenz (nur Personen, die bislang noch keinen Wehrdienst geleistet haben; gültige n=1845).



Welche Rolle spielt für Ihre Entscheidung das Ausmaß der Bedrohung Deutschlands durch einen Krieg?

Abbildung 2: Bedeutung einer aktuellen Bedrohung durch Krieg für das positive Interesse an einer Grundausbildung bei der Bundeswehr in Abhängigkeit von ihrem Interessen an einer militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr

(gültige N „Ja“: n = 269; gültige N „Vielleicht“: n = 452).

Auch an den verbleibenden 45.4 % bzw. 54.9 % geht eine mögliche Bedrohung Deutschlands durch Krieg im Hinblick auf ihre Haltung zu einer Ausbildung bei der Bundeswehr nicht spurlos vorüber, auch wenn das für sie keinen bestimmenden Einfluss auf ihre Entscheidung in dieser Hinsicht hatte.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt betrachtet zeigen die Ergebnisse, dass eine Notwendigkeit der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht – angesichts der doch recht hohen Bereitschaft der potentiell wehrfähigen Bevölkerung im Alter von unter 30 Jahren, freiwillig eine militärische Grundausbildung bei der Bundeswehr zu absolvieren – vermutlich eher nicht besteht. Knapp 20 % der unter 30jährigen würden eine Wehrpflicht akzeptieren, die gleichermaßen für Männer und Frauen gilt; fast ebenso viele Menschen aus dieser Altersgruppe erklärten explizit ihre Bereitschaft zur Absolvierung einer militärischen Grundausbildung.

Allerdings wird es zur Aktivierung dieses Pools der potentiellen Freiwilligen vermutlich einer gezielten persönlichen Ansprache und auch attraktiver Angebote bedürfen. Die bisherigen Werbeaktionen und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr konnten das grundsätzlich hier erkennbare Potential an Freiwilligen offensichtlich bislang noch nicht in dem Maße ausschöpfen.

Die Einführung eines nationalen Veteranentages⁶, der am 15. Juni 2025 erstmals begangen wurde und viel öffentliche Aufmerksamkeit erlangte aber auch zu kontroversen Debatten führte,⁷ kann als ein Schritt und erster Versuch angesehen werden, die gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen von Soldatinnen und Soldaten für unser Gemeinwesen positiv hervorzuheben und sichtbarer zu machen.

Eine solche Kombination von Sichtbarkeit, Anerkennung und Respekt ist sicherlich wichtig, um die Bundeswehr für junge Menschen attraktiv werden zu lassen. Auch der glaubhaft dargestellte Friedensauftrag der Bundeswehr dürfte ein Aspekt sein, der die Akzeptanz und die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement in Form der Akzeptanz einer allgemeinen Dienstpflicht fördern könnte.

Eine Zielgruppe, bei der solche Formen der konkreten Ansprache verbunden mit attraktiven Angeboten auf positiven Widerhall stoßen kann, ist jedenfalls in einem erheblichen Umfang nach unseren Befunden in der jüngeren Generation erkennbar. Dieses potentielle Engagement bezieht sich vor allem auf die Bereitschaft zu einem freiwilligen Dienst, was insoweit zu adressieren und sinnvollerweise auch zu beachten wäre.



[Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“](#)



[Informationen zum bundesweiten MOTRA Forschungsverbund](#)

⁶ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/15-juni-nationaler-veteranentag-deutschland-5787646>

⁷ <https://www.merkur.de/politik/kritik-ehemaliger-bundeswehr-veteranentag-wuerdigt-die-truppe-und-kaempft-mit-zr-93785332.html>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Berghof Foundation



Gefördert durch



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Bundesministerium
des Innern



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Prof. Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Prof. Dr. Katrin Brettfeld: katrin.brettfeld@uni-hamburg.de

Janosch Kleinschnittger: janosch.kleinschnittger@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Thomas Richter: thomas.richter@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Peter Wetzels: peter.wetzels@uni-hamburg.de

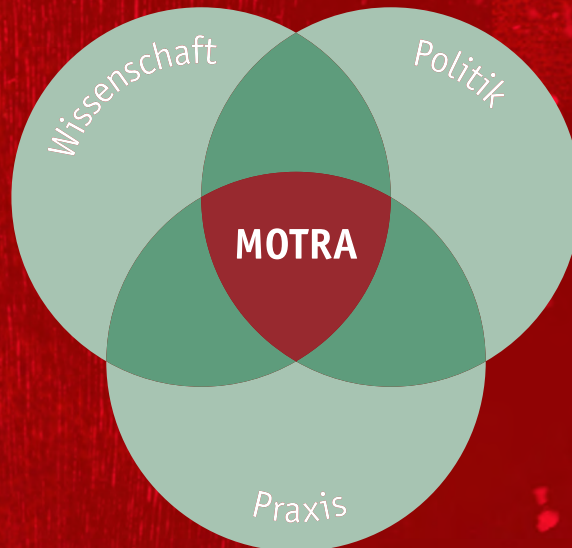
Institut für Kriminologie | Fakultät für Rechtswissenschaft

Universität Hamburg | Rothenbaumchaussee 33 | 20148 Hamburg

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie.html>

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbünden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

🦋 motra.bsky.social

🗨️ MOTRA Aktuell

in [motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung](https://motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung.de)